

Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3317
Telefax (0611) 31-3902
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Sachbearbeiter: Herr Neubert
Wiesbaden, 7/6/2005 2:32:00 PM

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen bzw. Fraktionsstatusinhabern
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 12.07.2005, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden**

Tagesordnung 1

1. Fragen an den Ausschuss

2. **05-F-03-0086**

Velo-Ring als Ergänzung zum Radwegebestand vorbereiten
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.07.2005 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

die Realisierung einer Radverkehrsführung auf ruhigen Nebenstraßen, wie im Verkehrsentwicklungsplan grundsätzlich angedacht, in Form eines Velo-Ringes parallel zum 1. Ring nach dem Vorbild der Stadt Dillingen/Saar (d. h. mittels einer Farbmarkierung in Fahrbahnmitte) ergänzend zu den bestehenden Radwegen vorzubereiten indem:

1. die rechtlichen Rahmenbedingungen geprüft und ggf. im Zusammenwirken mit den zuständigen Stellen geschaffen werden;

2. die Kosten und Fördermöglichkeiten ermittelt werden;
3. die mögliche Streckenführung unter Verwendung des von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN ausgearbeiteten Entwurfs konzipiert wird;
4. Problempunkte (z. B. Kreuzungen mit Hauptverkehrsstraßen) identifiziert und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden;
5. dem Ausschuss bis nach der Sommerpause 2005 über die Ergebnisse zur weiteren Beschlussfassung berichtet wird.

3. 05-F-03-0090

Rad- und Fußweg An der Helling
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.07.2005 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten über den Stand des "Rad- und Fußweges" An der Helling in Mainz-Kastel und insbesondere über das Ergebnis der am 20. Juni 2005 durchgeführten Uferwegbegehung durch Verwaltung, Ortsbeirat und Bewohner zu berichten:

4. 05-F-03-0088

Zeitnahe Nutzung von Grundstücken vertraglich sicher stellen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.07.2005 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Das Entstehen von Brachen, wie z.B. an der Carl-von-Linde-Straße 14 schafft stadtgestalterische Mängel, die künftig bereits im Planungsstadium ausgeschlossen werden sollen.

Der Magistrat wird gebeten:

Künftig durch vertragliche Vereinbarungen mit Grundstücksbesitzern eine zeitnahe Nutzung der betroffenen Flächen sicher zu stellen.

Denkbar sind derartige Vereinbarungen in Form von Durchführungs- und städtebaulichen Verträgen zu Bebauungsplänen bzw. durch öffentlich-rechtliche Verträge bei Grundstücksverkäufen.

Diese Vereinbarungen sollen Sanktionen enthalten, die eine Einhaltung der vereinbarten Fristen sicher stellt.

5. 05-F-03-0089

Konsequenzen aus den Vereinbarungen mit der Aareal Bank
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.07.2005 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- Wie ist der endgültige Stand der Verhandlungen mit der Aareal-Bank in Bezug auf die seitens der Bank zu errichtenden Stellplätze bzw. die dafür zu leistenden Ablösesummen?
- Werden die ggf. zu zahlenden Ablösebeiträge der Aareal-Bank wie üblich in den Garagenfonds überführt oder anderweitig verwendet?
Ist die Aussage aus der Presse (WK, 19.1.2005) zutreffend, dass Überlegungen bestehen, dieses Geld für ein erweitertes Lichtkonzept am Bowling Green zu verwenden.
Entsteht dadurch ein finanzieller Überhang beim Zuschuss des Investors und wenn ja, wie soll dieser verwendet werden?

6. 05-F-01-0060

Vorläufige Mobilitätszentrale
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 30.06.2005 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, umgehend Verhandlungen sowohl mit der Karstadt Warenhaus AG (Karstadt-Kaufhaus am Mauritiusplatz) als auch mit weiteren im Bereich Kirchgasse / Langgasse ansässigen, geeigneten Einzelhändlern aufzunehmen mit dem Ziel, eine Mobilitätszentrale einzurichten. Diese soll zumindest vorläufig, d.h. bis zur Realisierung der geplanten Einrichtung im Bereich Luisenforum, ein attraktives, zentral gelegenes Beratungsangebot für ÖPNV-Kunden sicherstellen.

7. 05-F-03-0087

Mobilitätszentrale
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.07.2005 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Auch nach der Schließung der Mobilitätszentrale am Platz der Deutschen Einheit durch ESWE-Verkehr benötigt Wiesbaden ein adäquates und umfassendes Beratungsangebot zu allen Fragen und Formen der Mobilität.

Der ESWE-Verkehrs-Stand auf dem Hauptbahnhofsvorplatz kann diese Funktionen nicht erfüllen

Seite 4 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 12.07.2005

und ein Zuwarten bis zur Errichtung der im geplanten Busbahnhof angedachten Mobilitätszentrale ist den Kunden nicht zumutbar.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert sicher zu stellen, dass BesucherInnen wie BürgerInnen der Landeshauptstadt Wiesbaden durchgehend ein adäquates und umfassendes Beratungsangebot zu allen Fragen und Formen der Mobilität zur Verfügung steht.

Dem Ausschuss ist daher bis nach der Sommerpause über mögliche kurzfristige Alternativstandorte für eine Mobilitätszentrale zu berichten, z.B.:

- unter dem Dach des Umweltladens bzw. der Verbraucherzentrale
- in der Tourist Information
- im Rathaus
- oder anderen ähnlich geeigneten Standorten, z.B. im Service-Center der ESWE-Versorgung in der Kirchgasse

Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten zu berichten,

- welches Informationsspektrum in der geplanten Mobilitätszentrale angeboten werden soll;
- wie ESWE Verkehr im Konzept integriert ist (Raum-, Personal-, Kostenaufteilung, Einbeziehung in die Vorplanung ...),
- wie lange die Alternativstandorte voraussichtlich vorgehalten werden müssen und ob direkt anschließend die Mobilitätszentrale wie angekündigt im zentralen Busbahnhof eröffnet wird.

8. 05-F-05-0010

Nutzung von Dächern städtischer Liegenschaften für private Solarstromanlagen
(Photovoltaikanlagen)

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 06.07.2005 -

Der Magistrat möge berichten:

- 1.) Wie derzeit, -entsprechend dem Beschluss der StvV Nr.18 vom 12.02.2004 betreffend der Nutzung städtischer Dächer durch private und gewerbliche Solaranlagenbetreiber-, die Klimaschutz-Agentur Wiesbaden und das städtische Facility-Management geeignete Dachflächen vermarktet und wie die Vermarktung intensiviert werden kann.
- 2.) Wieweit bereits die zuständigen Ämter den bei der Klimaschutz-Agentur Wiesbaden 2004 gestellten Anträgen weiterer Schulen auf Solaranlagen nachgekommen sind.
- 3.) Ob zwischenzeitlich den zwei Wiesbadener Solarfachfirmen, die bei der KSA nach geeigneten Dächern kommunaler Liegenschaften zum Bau von Solarstromanlagen nachgefragt haben, ein positiver Bescheid erteilt wurde?
- 4.) Kann die Klimaschutz-Agentur Wiesbaden in Zusammenarbeit mit dem heimischen Handwerk (ähnlich dem Aktionstag „Wärme von der Sonne“ am 27.06.2005) eine Veranstaltung organisieren, um diese Technik einem breiteren Publikum bekannt zu machen ?

9. 04-F-02-0066

Verbesserung der Verkehrsverhältnisse am Kreuzberger Ring
- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Nr. 0212 vom 09.11.2004 -

ANLAGE

10. 05-V-01-0012

Filteranlagen in ESWE-Bussen, Bericht von ESWE Verkehr
- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Nrn. 0034 und 0036
vom 01.03.2005 -

ANLAGE

11. 05-F-03-0047

Rußfilter in Wiesbadener Bussen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.04.2005 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten dem Ausschuss zu berichten:

- Ob der durch ESWE Verkehr aufgrund technischer Probleme vorgenommene Ausbau von Rußfiltern (CRT) bei Linienbussen Änderungen in den Fahrzeugpapieren und damit der -zulassung bzw. entsprechende steuerliche/verwaltungsseitige Mehrkosten zur Folge hatte
- Wieviele der in Wiesbaden eingesetzten Linienbusse über welchen Zeitraum ohne Rußfilter in Betrieb waren, weshalb der Magistrat und die Gremien nicht informiert wurden und wie dieser Zustand mit der Fahrzeugzulassung bzw. der damit zusammenhängenden Abgasnorm während dieser Zeit zu vereinbaren ist?

Im übrigen wird der Magistrat gebeten dafür Sorge zu tragen, dass dem Beschluss des Ausschusses vom 1. März 2005 nach einer ausführlichen und aussagekräftigen Berichterstattung über die in Wiesbaden eingesetzten Linienbusse in Bezug auf Alter, Rußfilter und Abgasnorm sowie differenziert nach den jeweiligen Fahrzeugen und Einsatzzeiten (Datenbankauszug) durch die ESWE-Verkehr Rechnung getragen wird.

ANLAGE

12. 05-F-01-0015

Rußfilter in Wiesbadener Bussen

- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Nr. 0035 vom 01.03.2005 -

ANLAGE

13. 05-F-20-0004

Beschaffung von Bussen durch ESWE-Verkehr

- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Nr. 0199 vom 07.06.2005 -

ANLAGE

14. 05-V-36-0029

DL 18/05-2

Umsetzung des Luftreinhalteplanes Rhein-Main, Aktionsplan Wiesbaden

14.1 05-F-03-0092

Gesundheitsverträgliche Verkehrspolitik mittels Luftreinhalte- und Aktionsplan realisieren

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.07.2005 -

Der Ausschuss möge beschließen: Der Magistrat wird aufgefordert

1. ergänzend zum Aktionsplan, der sich ausschließlich der Reduktion der Feinstaubbelastung widmet, ein konkretes Umsetzungskonzept zur Verbesserung der Luftqualität auf Grundlage des am 10.3.2005 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen 14-Punkte-Programms und der aktuellen Beschlusslage der Arbeitsgruppe Luftreinhalte-/Aktionsplan im Hinblick auf weitere Maßnahmen (z.B. Mieterticket, Mieter-Car-Sharing, City- bzw. Nero-Card, Velo-Ring, Behörden-Car-Sharing...) zu erarbeiten.
2. In dem Konzept sollte insbesondere dargelegt werden,
 - a) mit welchen Maßnahmen die weit über den ab 2010 gültigen Grenzwerten liegende Stickstoffdioxidkonzentration in der Innenstadt reduziert werden soll.
 - b) wie sich der Zeitplan für die Einrichtung einer dynamischen Verkehrssteuerung sowie die Ausweisung einer Umweltzone darstellt, um im Fall von Grenzwertüberschreitungen bei Feinstaub bzw. den bereits festgestellten Überschreitungen der Stickstoffdioxidgrenzwerte eine umgehende Anordnung dieser Maßnahmen zu gewährleisten.
 - c) mit welchem Zeithorizont die planerische Vorbereitung einer Schienenanbindung der Innenstadt sowie der Ausbau eines durchgehenden Radwegenetzes vorangetrieben werden soll.

15. 05-F-22-0002

Kennzeichnungspflicht für Dieselfahrzeuge

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 06.07.2005 -

Die Feinstaubbelastung in vielen Städten lässt sich nicht nur durch kommunale Schritte wie Fahrverbote oder eine City-Maut bewältigen, sondern nur durch ein Bündel von mittel- und langfristig wirkenden Maßnahmen. Statt an den Symptomen herum zu kurieren, sollte zum Schutz der Bevölkerung das Übel an der Quelle bekämpft werden. Es muss hier nach dem Verursacherprinzip gehandelt werden. Um im Notfall abgestufte Fahrverbote für Dieselfahrzeuge ohne Russpartikelfilter durchsetzen zu können, bedarf es einer Kennzeichnungspflicht.

Der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

auf die Bundesregierung und die dieser nachgeordneten zuständigen Behörden einzuwirken, dass diese eine amtliche Kennzeichnungspflicht von Fahrzeugen mit geringem Beitrag zur Schadstoffbelastung festlegt und die Voraussetzungen für eine Umsetzung von Benutzervorteilen im Luftreinhalteplan schafft.

Des weiteren schließt sich die Landeshauptstadt Wiesbaden dem Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages vom 12.4.2005 an, der an die Automobilindustrie sowie an die Hersteller von Treibstoffen appelliert, schon jetzt freiwillig durch fahrzeugbezogene Maßnahmen, z.B. durch die serienmäßige Ausstattung aller dieselbetriebenen Fahrzeuge mit Russfiltern oder die Erzeugung umweltfreundlicher Antriebsstoffe die Voraussetzungen für die Einhaltung der EU-Luftqualitätsrahmenrichtlinie zu schaffen.

16. 04-F-03-0031

Luftreinhalteplan

- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Nr. 0037 vom 01.03.2005 -

- Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0157 vom 22.02.2005 -

ANLAGE

17. 04-F-03-0108

Verkehrspolitik gesundheitsverträglich gestalten

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0059 vom 10.03.2005 -

ANLAGE

18. 05-F-02-0026

Beseitigung von Schäden an Fahrbahndecken

- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Nr. 0078 vom 26.04.2005 -

ANLAGE

19. 04-V-66-0208

DL 15/05-1

Verlängerung der Goerdelerstraße

ANLAGE

20. 05-F-05-0007

"Universitätsstandort Wiesbaden"

- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0252 vom 16.06.2005 -

ANLAGE

21. 05-F-03-0073

Bewohnerparken ausweiten!

- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0260 vom 16.06.2005 -

ANLAGE

22. 05-V-66-0213

DL 18/05-3

Bewohnerparken - Erfahrungsbericht

23. 05-V-80-2330

DL 18/05-3

Entwicklungsbereiche für Wohnbauflächen

24. 05-V-82-0007

DL 18/05-6

Leitbild der Landeshauptstadt Wiesbaden

25. 05-V-61-0021

DL 16/05-17

Beschluss über die Teilaufhebung des Bebauungsplanes "Hauptpost - Hauptbahnhof" (Wiesbaden 1971/9) im Ortsbezirk Südost

26. 05-V-69-0005

DL 18/05-4, 17/05-11

Projekt des TuS Eintracht Wiesbaden 1846 e.V.: Neubau einer Gymnastikhalle und Tiefgarage im Anwesen Hellmundstraße 25

27. 05-V-69-0003

DL 16/05-21

Soziale Stadterneuerung Wiesbaden Westend: Zuschuss zur Neugestaltung des Schulhofs Blücherschule

28. Verschiedenes

Tagesordnung 2

1. 05-V-64-0010

DL 16/05-19

Erneuerung von Heizkesselanlagen in Wiesbadener Sportstätten; Sport- und Kulturhalle Breckenheim und Sportplatz Zehntenhof

2. 05-V-61-0024

DL 16/05-18

Dern'sches Gelände, Öffentlichkeitsbeteiligung

3. 05-V-51-0013 DL 16/05-15, 14/05-7

Ersatzneubau der städtischen Kindertagesstätte Wolfsfeld in WI-Bierstadt

4. 05-V-66-0209 DL 15/05-10

Programm Zebrastreifen 2005

5. 05-V-66-0206 DL 15/05-9

Haltestellenprogramm Wiesbaden;
Haltestellen Am Hochfeld, Wilhelm-Leuschner-Straße, Am Wald

6. 05-V-36-0027 DL 16/05-1 NÖ

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim
Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 19.05.2005

7. 05-V-62-0005 DL 17/05-10

Aufstellung des Teilumlegungsplanes I der Umlegung 94 "Oberer Wingertsweg" in
Dotzheim

8. 05-V-80-2329 DL 18/05-2

Rhein-Main-Hallen; Neubau Eingangsbereich

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe
der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls
Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung
vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender